



Terrorismus

Immer mehr Frauen ziehen in den Dschihad

175 Personen, bei denen es Anhaltspunkte für den Anschluss an eine dschihadistische Gruppe gibt, sind zwischen 2012 und 2015 – Stichtag 25. März – von NRW in Richtung Syrien oder Irak ausgehert.

Auffällig ist, dass es sich hauptsächlich um junge Menschen von 21-30 Jahren handelt. Und besonders signifikant ist der vergleichsweise hohe Anteil junger Frauen aus NRW, die in den Dschihad ziehen.

Zusätzlich wurden etwa 75 Salafisten aus NRW gezählt, die seit 2012 mehrmals an die türkisch-syrische Grenze reisten, um angeblich Hilfsgüter zu verteilen. Warum können Salafisten und Sympathisanten ungehindert aus- und einreisen, ohne dass die Behörden einschreiten? Diese Leute sind doch offenbar bekannt. Was hilft einem die statistische Erfassung von Reisebewegungen, wenn die Gefahr nicht gebannt wird? Hier erfahren Sie mehr: <http://kurzlink.de/GG150422>.

Besuch in Düsseldorf

Hamid Karzai besuchte die Landtagsfraktion

Der ehemalige Staatspräsident von Afghanistan aus den Jahren 2001 bis 2014, Hamid Karzai, war am Dienstag Gast bei der CDU-Landtagsfraktion. Karzais Präsidentschaft hat 2001 hier bei uns in Nordrhein-Westfalen auf dem Petersberg bei Bonn seinen Anfang genommen.



Gemeinsam mit dem ehemaligen afghanischen Außenminister und nationalen Sicherheitsberater, Dr. Rangin Dadfar Spanta, und dem Botschafter Afghanistans, Hamid Sidig, berichtete Karzai uns von der aktuellen Lage in seinem Land.

Über die letzten Jahre hinweg haben viele tausende Soldaten und Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen ihren Dienst in Afghanistan getan.

Sie haben damit einen großen Beitrag zum demokratischen Aufbau des Landes geleistet. Über 200 Polizisten aus unserem Bundesland waren bisher schon im Einsatz. Aktuell sind rund 100 Bundeswehr-Soldaten aus Nordrhein-Westfalen vor Ort.

Bundesrat

Leider keine Strafverschärfung bei Einbruchsdiebstahl

Nordrhein-Westfalen gehörte zu den Ablehnern einer bayrischen Gesetzesinitiative für ein „Strafrechtsänderungsgesetz betreffend den Wohnungseinbruchsdiebstahl“.

In der 932. Sitzung des Bundesrates wurde das Verfahren gestoppt, wie mir die Landesregierung nun mitgeteilt hat. Ich bedauere die Entscheidung und kann die Begründung nicht nachvollziehen.

Bayern wollte höhere Strafmaße sowie die Streichung der mildereren Strafrahmen in minder schweren Fällen initiieren. Zudem sollte die Telekommunikationsüberwachung zur Strafverfolgung ermöglicht werden. In der Sitzung der zweiten Kammer am 06.03.2015 wurde eine Initiative des Bundeslandes Bayern zur Änderung des Strafrechts beim Wohnungseinbruch zur weiteren Beratung vertagt. Ende März wurde sie nun abgelehnt.

Der Landesjustizminister führt in seiner Antwort aus, dass der minder schwere Fall „nur ausnahmsweise möglich“ und die Streichung somit von „untergeordneter praktischer Bedeutung“ sei. Wenn es aber ohnehin ein unnützer Straftatbestand ist, so hätte man ihn auch ohne weiteres streichen können. Die Argumentation ist konstruiert und vorgeschoben. Mehr: <http://kurzlink.de/GG150423>.